

Der neue Chef der SPD
wird überschätzt

Mythos „Münze“

Ewald Hettrödt

Als Franz Müntefering vor die Delegierten des Berliner Sonderparteitages trat, um sich als neuer Boss der Genossen zu bewerben, hielt er die bis dahin wohl wichtigste Rede seines Lebens. Aber gut vorbereitet hatte er sich ganz offensichtlich nicht. Stattdessen spulte er routinemäßig ab, was er schon seit Monaten verkündet – ob im Hamburger Wahlkampf, bei der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in Erfurt oder bei den Genossen im thüringischen Arnstadt. Müntefering ist alles andere als ein rhetorischer Draufgänger. Oft senkt er am Ende eines Satzes nicht einmal die Stimme. Manches von dem, was er sagt, ist schlichtweg falsch, wie zum Beispiel die Behauptung „Die Europäische Union ist bestimmt von der sozialdemokratischen Idee“. Manches ist richtig, führt aber nicht wirklich weiter: „Wer gewinnen will, muss gewinnen wollen.“ Viele Inhalte müssen im Ungefähren bleiben, weil Münteferings terminologischer Ehrgeiz nur schwach ausgeprägt ist, so wenn er betont, dass weder im Keller noch auf dem Dachboden noch Geld liege, das man holen könne. „Die Dinge sind leer.“

Zu semantischen Eigenwilligkeiten neigt Müntefering vor allem, wenn er in einem etwas harsch klingenden Ton eine Art Appell an die Partei richtet, wie etwa die Aufforderung, einmal gefasste Beschlüsse auch gemeinsam zu vertreten. „Es darf sich niemand in die populistischen Büsche schlagen.“ Stark ist er, wenn es um Dinge des Alltags geht. Das System der sozialen Sicherung hat in den letzten

Monaten wohl niemand eingängiger erklärt als der neue, vierundsechzig Jahre alte Vorsitzende der SPD. Dabei macht er sprachliche Anleihen bei den Knappen: Sozialversicherungen sollten nur verhindern, dass Menschen unverschuldet „ins Bergfreie fallen“. Im Unterschied zum Sparclub gehe es etwa bei den Krankenkassen eben nicht darum, das aufgebrauchte Geld auch zurückzuerhalten: „Ich kann nur hoffen, dass ich immer mehr einzahle als ich rausbekommen muss.“

Eine Änderung an seiner Standardrede hat Müntefering aber doch vorgenommen. Er stellte sie unter das Motto „Ehrlich machen“. Glanz gewinnt sie dadurch allerdings nicht. Bei den Delegierten verfängt der Begriff nicht, und manchen Berichtersteller erinnert Müntefering damit ungewollt an einen ziemlich peinlichen Vorgang im Frühjahr 1998: Als Generalsekretär seiner Partei hatte er den Bonner Korrespondenten in der Bundespressekonferenz versichert, der Kanzlerkandidat für die Bundestagswahlen im Herbst werde zwei Wochen nach der niedersächsischen Landtagswahl benannt. Als aber schon einen Tag später Gerhard Schröder als Herausforderer Helmut Kohls vorgestellt wurde, feixte Müntefering, dieses Timing sei von Anfang an vorgesehen gewesen. Und dann fügte er hinzu: „Journalisten darf man doch belügen.“

Zu allen Zeiten haben Politiker aller Parteien die Unwahrheit gesagt. Aber dies war nicht nur eine moralische, sondern auch eine grandiose intellektuelle und

kommunikative Fehlleistung: Müntefering führte die Redakteure der Bundespressekonferenz nicht nur gezielt hinter Licht. Anstatt sich zu entschuldigen, erklärte er die Lüge anschließend zu einem legitimen Mittel seiner Politik. Und schließlich beschränkte er das angebliche Recht der Politiker zu lügen auch noch auf eine bestimmte Personengruppe, auf die Berufsgruppe der Journalisten nämlich.

Sehr ehrlich erklärte Müntefering dagegen im Februar auf dem Parteitag der nordrhein-westfälischen SPD in Bochum, dass er eigentlich schon immer gern Oberbürgermeister geworden wäre. „Aber im Sauerland sind die Städte zu klein. Und es ist auch zu schwarz da. Also habe ich das anders gemacht. Wenn die Partei das will, werde ich am 21. März ihr Vorsitzender sein.“ Damit hat er seine persönliche Karrierestrategie, die ihn an die Spitze der deutschen Sozialdemokratie geführt hat, einer breiten Öffentlichkeit gegenüber bloßgelegt: Er konnte und wollte sich nicht auf den mühsamen und am Ende womöglich vergeblichen Kampf um Rathäuser oder Direktmandate verlassen. Wenn der aus einem relativ armen Elternhaus im sauerländischen Sundern stammende Industriekaufmann, dessen Vater erst spät aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt war, mehr erreichen wollte, als acht Jahre Volksschule es erwarten ließen, musste er – wie etwa Gerhard Schröder oder viele andere Altersgenossen – den mühsamen zweiten Bildungsweg gehen oder aber sein Glück auf eine andere Weise versuchen.

Er wählte den Marsch durch die Parteiorganisation. Sie verfügte aufgrund ihrer starken Position in den Städten des Ruhrgebietes jedenfalls in den zurückliegenden Jahrzehnten über die Vormachtstellung, von der die Sozialdemokraten im Sauerland bis heute nicht einmal zu träumen wagen. Rund um den Biggese war und ist bis heute für Sozialdemokraten kaum etwas zu holen, an Rhein und

Ruhr hingegen standen die Fleischtöpfe für diejenigen bereit, die sich in der Partei durchsetzten.

Der kühl berechnete persönliche Nutzen des ehrenamtlichen Einsatzes gehört zur politischen Wirklichkeit, und Müntefering konnte es sich wohl noch weniger als andere leisten, purer Idealist zu sein. Wenn er über die sozialdemokratische Verheißung einer besseren und gerechteren Welt sprach, dürfte er dabei immer auch sein eigenes Leben im Sinn gehabt haben. Erstaunlich ist, dass der sich oft sehr spröde gebende Aufsteiger über sein persönliches Kalkül so offen und ungeschützt spricht. Denn dem ansonsten so mühevoll gepflegten Image des treuen Dieners und braven Parteisoldaten, der dort für die Sozialdemokratie kämpft, wo diese ihn hinstellt, will es nicht so recht entsprechen.

Der Bezirksfürst

In der Zeit von 1975 bis 1992 zog Müntefering sechsmal auf einem sicheren Platz der nordrhein-westfälischen Landesliste in den Deutschen Bundestag ein. Es vergingen aber immerhin mehr als anderthalb Jahrzehnte, bis er 1991 unter dem Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel einer von fünf parlamentarischen Geschäftsführern der SPD-Fraktion wurde. Als Johannes Rau ihn ein gutes Jahr später mit dem Amt des Arbeits- und Sozialministers in Nordrhein-Westfalen betraute, war dies nicht nur seiner Kompetenz geschuldet. Müntefering verfügte als Vorsitzender des Parteibezirks Westliches Westfalen über eine Hausmacht von rund 98 000 SPD-Mitgliedern, der Hälfte aller nordrhein-westfälischen Genossen. Die damit verbundenen innerparteilichen Einflussmöglichkeiten lassen auch den souveränsten Ministerpräsident nicht kalt, so dass Rau gut daran tat, diesen Bezirksfürsten in die Kabinettsdisziplin einzubinden. Müntefering blieb nur bis 1995, dann wurde er Bundesgeschäftsführer der SPD in Berlin. Sein

Ein historisches Poster überreicht Bundeskanzler Gerhard Schröder dem neuen SPD-Parteivorsitzenden Franz Müntefering am 21. März 2004 auf dem SPD-Sonderparteitag in Berlin.

© dpa, Foto: Peer Grimm



nordrhein-westfälisches Parteiamt behielt er – natürlich.

Der Mann, den sie an der Basis als einen der Ihren so schätzen, ist im Jahr 2002 als nordrhein-westfälischer Spitzenkandidat über die Landesliste ins Parlament eingezogen, ohne dass er auch als Direktkandidat um Stimmen kämpfen musste. Müntefering lebt zwar wie sein früherer CDU-Gegenspieler im Amt des Fraktionsvorsitzenden, Friedrich Merz, im Hochsauerlandkreis, aber in die Verlegenheit, in diesem Wahlkreis von Merz aufgrund der traditionellen soziologischen Strukturen bei den Wahlen deklassiert zu werden, kommt er nicht. Denn für die SPD trat dort im Jahr 2002 eine Hinterbänklerin aus Meschede an. Sie kam zwar über die Landesliste in den Bundestag, muss den Wahlkreis aber während der Legislaturperiode so betreuen, als wäre sie direkt gewählt. Müntefering hingegen bleiben die zahllosen Anliegen und Petitionen, die Bürger und Gemeinden an die Abgeordneten „herantragen“, erspart. Bei den für einen Wahlkreis verantwortlichen Parlamentariern sind die Begegnungen mit dem Bürger struktureller und

fester Bestandteil des beruflichen Alltags. Das geht dem einen oder anderen gelegentlich auf die Nerven, ist aber die wichtigste Quelle für das sprichwörtliche Wissen, „wo die Menschen der Schuh drückt“ – eine eigentlich kaum ersetzbare Grundlage für die parlamentarische Arbeit. Münteferings Kontakt zu dem von ihm immer wieder gern apostrophierten „kleinen Mann“ ist also im Vergleich zu den anderen Abgeordneten, auch im Unterschied etwa zu der Chefin von Unionsfraktion und CDU, Angela Merkel, denkbar lose. Nicht zuletzt aufgrund dieser Ausnahmestellung als Abgeordneter ohne jeden Wähler hat Müntefering keinerlei Verständnis für das Selbstbewusstsein direkt gewählter Parlamentarier. Diese stehen nämlich häufig in der Gefahr zu glauben, sie seien um ihrer selbst willen und nicht wegen ihrer Parteizugehörigkeit in den Bundestag entsandt worden, und treten in der Fraktion gelegentlich entsprechend auf.

Hüter des Kollektivs

Der Politiker Müntefering – das weiß er selbst nur zu gut – wäre nichts ohne seine

Partei. So erklärt sich die unerbittliche Härte, mit der er beispielsweise im November 2001 den 19 SPD-Abgeordneten, die bei der Abstimmung über den Mazedonien-Einsatz der Bundeswehr die Kanzlermehrheit gefährdet hatten, unverhohlen mit dem Verlust ihres Listenplatzes drohte. Wer seine ganze politische Existenz aus dem Parteiapparat ableitet, für den treten Verfassungsartikel und demokratietheoretische Bedenken eben weit in den Hintergrund, wenn es um das Schicksal eben dieser Partei geht. Einen strengen Hüter seiner Interessen kann ein Kollektiv sich nicht wünschen.

Dies allein wäre für Schröder sicher kein Argument gewesen, ihm das höchste Parteiamt zu überlassen – übrigens ohne die Partei faktisch in irgendeiner Form zu beteiligen. Für den Kanzler war entscheidend, dass ihm in Müntefering kein Konkurrent als Regierungschef erwächst. Im Unterschied zu allen anderen Parteivorsitzenden in der Geschichte der SPD übernimmt Müntefering das Amt ohne jede Aussicht auf das Kanzleramt. In einem autorisierten Spiegel-Interview antwortet er auf die Frage nach seinen Schwächen: „Ich habe vielleicht zu wenig Wissen und Bildung mitbekommen. Da gibt es weiße Flecken. Ich verstehe von Außenpolitik immer noch zu wenig.“

Man kann die bodenständige Bescheidenheit, die aus diesen Worten spricht, sympathisch finden. Man kann auch fragen, warum jemand ohne Not solche Schwächen einräumt. Wie auch immer – mit diesem Statement hat Müntefering sich den Weg ins Kanzleramt selbst gestellt. Denn die genannten Defizite vertragen sich nicht mit dem Anspruch, in den schwierigen Zeiten der Globalisierung Regierungschef einer der größten Industrienationen der Welt zu werden. Dass der Sauerländer sie eingestanden und in einem ARD-Interview noch einmal wiederholt hat, zeigt deutlicher und zuverlässiger als alle Treueschwüre gegenüber Ger-

hard Schröder, dass jedenfalls er selbst definitiv nicht die Absicht hat, an den Gitterstäben des Kanzleramtes zu rütteln.

Macht an Rhein und Ruhr?

Für Müntefering könnte außerdem sprechen, dass die Vorentscheidung über den Ausgang der Bundestagswahlen schon im Frühjahr 2005 bei den Landtagswahlen in Münteferings Heimatland Nordrhein-Westfalen fallen könnte. Diese wiederum finden in einem Klima statt, das durch die NRW-Kommunalwahlen im Herbst dieses Jahres mitbestimmt wird. Das kann spannend werden, denn in dem größten deutschen Bundesland sind die Zeiten, in denen die SPD regelmäßig mit Ergebnissen über 50 Prozent triumphierte, längst vorbei. In den großen Städten wie Essen, Düsseldorf und Köln stellt die Union inzwischen den Oberbürgermeister. Sogar in Gelsenkirchen, der einstigen Hochburg der sozialdemokratischen Kumpel, kommt das Stadtoberhaupt, das am Wochenende auf der Tribüne der neuen High-Tech-Arena „AufSchalke“ Platz nimmt, von der CDU. Schließlich: Was etwa für den alten Herbert Wehner schier unvorstellbar gewesen wäre, ist heute aktuelle NRW-Statistik. Die Sozialdemokratie hat dort, wo ihr parlamentarischer Zuchtmeister einst ihre Herzkammer wählte, heute mit rund 181 700 Genossen knapp 3000 Mitglieder weniger als die CDU.

Angesichts der immensen Bedeutung, die die Wahlen in Nordrhein-Westfalen für den Erhalt von Gerhard Schröders Kanzlerschaft besitzen, liegt die Hoffnung nahe, dass Müntefering seine besonderen regionalen Kenntnisse hier als Parteichef besonders effektiv zur Geltung bringen kann. Allerdings fällt seine bisherige Bilanz an Rhein und Ruhr bei genauem Hinsehen nicht so glanzvoll aus, wie Legenden dies glauben machen wollen. Nachdem Müntefering seinen Bezirksvorsitz 1998 aufgegeben hatte, um Johannes Rau als Chef der Landespartei nachzufolgen,

brachen schwere Zeiten über die sieggewohnten Genossen herein: 1999 bezahlten sie bei den Kommunalwahlen für die verkorkste Politik der Regierung Schröder, ein Jahr später hätte die rot-grüne Regierungskoalition ohne den Spendenskandal der CDU vermutlich ihre Mehrheit im Landtag verloren.

In dieser Situation wollte Müntefering die von jeher schwache Landespartei, die in der langen Regentschaft des Johannes Rau weiter verkümmert war, stärken und die vier sozialdemokratischen Bezirke im Gegenzug dazu abschaffen. Dies hätte auch seine persönliche Position gestärkt. Der neue Chef der Landespartei wusste als ehemaliger Vorsitzender aus dem westlichen Westfalen nur zu gut, wie schwer die mächtigen Bezirksvorsitzenden ihrem Landesvorsitzenden das Leben machen konnten, wenn die Umstände danach waren.

Und er musste auf der Hut sein, denn seit Dezember 1999 trug er auch als Generalsekretär der Bundespartei Verantwortung und stand immer in der Gefahr, sich zwischen Berlin und Düsseldorf zu verzetteln. „Der fliegende Sauerländer“ wurde er in der Landespressekonferenz getauft, die Basis, die ihn schon liebevoll „Münfte“ nannte, als Ole andernorts noch im Sandkasten spielte, begann an ihm zu zweifeln. Fast hätten die Genossen ihn, den legendären Kenner des Apparates, mit seiner Strukturreform auflaufen lassen. Erst nach monatelangen Querelen setzte Müntefering sich im Jahr 2001 schließlich durch. Bei den Parteifunktionären im Land hatte er viele Verletzungen hervorgerufen, und mit Ministerpräsident Wolfgang Clement lag er im Streit, als er noch im selben Jahr den Landesvorsitz an Harald Schartau abtrat. So übernimmt Franz Müntefering den Vorsitz der Bundespartei, nachdem er an der Spitze des bei weitem größten Landesverbandes

aus dem einen oder anderen Fehler vieles lernen konnte. Seine Chancen, dem Amt gerecht zu werden, sollen dadurch gesteigert werden, dass er selbst und Gerhard Schröder seit Monaten dabei sind, die üblichen Aufgaben eines Parteichefs verbal nach und nach zu reduzieren. Dem Kanzler kommt es entgegen, wenn das Amt, das er abgegeben hat, kleingeredet wird, und dem neuen Parteichef hilft es, wenn die an ihn gerichteten Erwartungen heruntergeschraubt werden. So erklärt Müntefering neuerdings, es interessiere die Bevölkerung kaum, wer an der Spitze der Partei stehe. Deshalb wolle er nur „in die Partei hineinwirken“, damit diese anschließend durch einen „Domino-Effekt“ nach außen hin ein besseres Bild abgebe.

Tatsächlich ist ein Parteiführer keineswegs nur für das Innenleben einer Partei zuständig – im Gegenteil. Er soll der stolze Repräsentant sein, der eine organisierte politische Kraft gerade nach außen hin vertritt. Er entwickelt ein plausibles Bild von der Zukunft und wirbt damit in der Öffentlichkeit. Durch seine persönliche und intellektuelle Anziehungskraft vermag er sowohl ursprünglich eher parteiferne Wähler als auch neue Mitstreiter zu binden.

Müntefering hingegen hat das Wort „Organisation ist Politik“ geprägt und ist selbst die kleinmütige Verkörperung dieser fatalen Abkehr von dem intellektuellen Anspruch, in der Politik einen Entwurf für die Zukunft des Volkes zu verwirklichen. Es scheint, als wolle der neue Spitzenmann dieser umfassenden Herausforderung seines neuen Amtes ausweichen und sich nur wieder den Aufgaben zuwenden, die er aus seiner Zeit als Bundesgeschäftsführer und Generalsekretär schon kennt. In Wahrheit ist die Position des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bis auf weiteres vakant.